

der große christliche Bruder den kleinen Parteien um den Hals legt, um sie gefügig zu machen.“

Wie nun dieses Gefügigmachen, diese Wahlmanipulationen mit Geldscheinen, im Interesse der einzelnen Monopolverbände hinter den Kulissen vor sich geht, kann man am besten aus den Überschriften der Zeitungen des Bonner Staates entnehmen. Zitieren wir einige: „Bonn denkt an die Koalition von morgen — Die kleinen Parteien werden zugleich umworben und bedroht“ („Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung“, 3. Februar); „Verhandlungen über ein Wahlbündnis zwischen CDU und der Christlichen Volkspartei des Saarlandes“ („Die Welt“, 21. Februar); „Geheimverhandlungen festgefahren — CDU will der Bayernpartei keine sicheren Wahlkreise abtreten“ („Die Welt“, 23. Februar); „SPD und CDU beraten Berliner Koalitionsfragen“ („Der Tag“, 24. Februar); „CDU und DP planen Wahlunterstützung“ („Tagesspiegel“, 23. März); „Dschungelkrieg um neue Bundestagsmandate“ („Der Kurier“ v. 13. April).

Doch dieser Dschungelkrieg um die Festigung der politischen Macht der Monopole mit Hilfe des Geldes und der „rieh-*tigen“ Leute läuft, wie es ein bürgerlicher Publizist eingestand, „in den Händen der Manager ab wie am Schnürchen, vorgeplant bis ins letzte“. Das dafür zurechtgemachte Wahlgesetz bietet dazu alle Möglichkeiten: Wahlhilfe, Wahlabsprachen, Wahlbündnisse, Abtreten von Wahlkreisen, das Verrechnen von Wählerstimmen usw. — um einen Teil der kleinen Parteien auf die Linie der CDU, der Monopole zu bringen.

Ein jüngstes Beispiel dafür, wie dieser Dschungelkrieg jetzt geführt wird, brachte das „Neue Deutschland“ am 4. Mai 1957. Es schrieb: Jetzt haben die sogenannten Fördergesellschaften der westdeutschen Schwerindustrie, die die Aufgabe haben, Adenauers Wahlkampf 1957 zu finanzieren, 1,2 Millionen D-Mark Geschenkgelder in die Parteikasse des BHE fließen lassen, worauf sich dieser in einem politischen Schachergeschäft erster Ordnung verpflichtete, die gesamte Adenauersche Außen- und Innenpolitik zu unterstützen und sofort bei passender Gelegenheit der SPD in Hessen und Bayern die Koalition aufzukündigen.

Millionen-Wahlfonds der Monopole

Ebenso wie die Monopole Hitlers Wahlkämpfe finanzierten, so geben sie auch heute riesige Summen her, um den von der CDU nach amerikanischem Muster geführten Wahlkampf zu bezahlen. Wenn 1953, wie der „Spiegel“ berichtet, der CDU aus den verschiedensten Quellen 150 Millionen DM zugeflossen sind, so soll 1957 die Summe doppelt so hoch sein. So erhielt Adenauer von den Monopolgewaltigen als erste Rate zu seinem Geburtstag ein „Geschenk“ von 48 Millionen D-Mark. Der Großhandel will — nach einem Bericht im SPD-Pressedienst — mit 21,5 Millionen die CDU-CSU finanzieren. So wird in Bayern jeder Großhändler für je 10 000 D-Mark Umsatz für die Jahre 1954 50 Pfennig und für 1955 und 1956 je 80 Pfennig Umlage zahlen. Die hessischen Industriellen wollen 15 Millionen D-Mark „spenden“, die Unternehmer von Niedersachsen 12, die von Baden-Württemberg 14, von Hamburg 4, von Rheinland-Pfalz 8 Millionen D-Mark usw. Natürlich hat die Bonner Regierung dafür gesorgt, daß alle diese „Spenden“ steuerfrei sind.

Doch nicht nur diese Summen, aus den Knochen der Werk tätigen und aus dem Geldbeutel der Käufer herausgeholt, sollen den Wahlkampf der CDU bestreiten, sondern auch die Steuergelder müssen erhalten. So finanziert die Regierung über das Bonner Informations- und Presseamt und über die „Mobilwerbung GmbH“ einen Teil der Wahlpropaganda der CDU. Die „Mobilwerbung“ hat vierzig Omnibusse für eine Million D-Mark gekauft, die mit modernsten Tonfilmapparaturen, Lichtbildwerfern und Lautsprechern ausgerüstet sind. Eine Generalprobe führte man bereits im vergangenen Jahre durch, wo in zehn Wochen 3700mal in Orten unter 2000 Einwohnern Propagandafilme der Bundesregierung aufgeführt wurden.

Hundertfältig sind die Kanäle, in die die Millionäre ihr Geld stopfen. Wohin sie auch fließen mögen sei es in die Presse, in den Funk, in das Fernsehen, sind die „Empfänger“ genötigt, den Wahlkampf der „christlichen“ Partei nach echt amerikanischem Muster zu führen. Und setzt man noch hinzj, daß auch ausländische Monopole durch Bestechungsgelder („Der Spiegel“ berichtet am 10. Oktober